

Resolution des DGB Schwaben zur Rentenpolitik

Wir warnen vor den Folgen eines weiter absinkenden gesetzlichen Rentenniveaus. So erhielten in Schwaben Männer, die 2015 erstmals eine gesetzliche Altersrente bezogen, 1032 €, Frauen hingegen nur 598 €. Für Augsburg beliefen sich die Zahlen bei Männern auf 784 € und bei Frauen auf 611 €.

Daher brauchen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik. Dieser ist möglich und finanzierbar. Der momentan geplante Sinkflug der Renten muss gestoppt werden. Wir wollen das Rentenniveau zunächst stabilisieren und perspektivisch wieder deutlich anheben.

Auch unsere rentenpolitischen Vorschläge sehen dazu steigende Beiträge vor. Wir setzen aber auf eine frühere und schnellere Anhebung, um eine Stabilisierung des Rentenniveaus zu erreichen und nicht dessen weitere Absenkung hinzunehmen.

Versicherungsfremde Leistungen müssen endlich sachgerecht über den Bundeshaushalt statt von Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern finanziert werden. Der Griff in die Rentenkasse muss aufhören. Bestes Beispiel hierfür ist die „Mütterrente“. Mit dieser werden Erziehungsleistungen aus Geburtsjahrgängen vor 1992 stärker bei der Rente berücksichtigt. Dies stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar und ist deshalb aus Steuermitteln und nicht aus Beiträgen zu finanzieren.

Die Leistungen der Rentenversicherung können mit einer geradlinigen und vorausschauenden Rentenpolitik ohne Überforderung der Versicherten beibehalten werden. Dafür müssen wir eine „Demografiereserve“ aufbauen, die im Stande ist, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung abzusichern. Speisen muss sich diese „Demografiereserve“ aus den vorzeitig steigenden Beiträgen und freiwerdenden Mitteln aus wegfallenden gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

Besser gestaltete und abgesicherte Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente sind unverzichtbar, da es in vielen Fällen durch Krankheit, Erwerbsminderung oder Arbeitslosigkeit zu regelrechten Entwertungen von Lebensleistungen kommt.

Die vielbeschworene zweite Säule der Alterssicherung, die Betriebsrente, muss gestärkt werden. Dazu schlagen wir eine leichte Allgemeinverbindlichkeit für betriebliche Altersversorgung vor, sodass alle Beschäftigten einer Branche von diesen Regelungen profitieren. Arbeitgeber müssen dabei angemessen an der Finanzierung der Betriebsrenten beteiligt werden.

Eine Reihe weiterer Maßnahmen ist zudem nötig, um all jene mitzunehmen, für die das Armutsrisiko im Alter besonders groß ist. Damit wollen wir unsere Solidarität mit den Menschen im Niedriglohnsektor, Eltern, pflegenden Angehörigen, Arbeitslosen oder Menschen mit einer Erwerbsminderung zeigen. Hierzu gehören

- eine „Rente nach Mindestentgeltpunkten“, die Menschen mit Niedriglöhnen besser absichert
- eine stärkere Anerkennung von Pflege und Zeiten der Aus- und Weiterbildung bei der Rente
- eine weiter verbesserte Erwerbsminderungsrente samt Streichung von Abschlägen.

Neben einer Reform der Rentenpolitik sind aber auch eine höhere Erwerbsquote von Frauen, weniger prekäre Beschäftigungsverhältnisse und eine Neuordnung des Arbeitsmarktes hin zu guter Arbeit notwendig.

Dann ist es auch möglich unser politisches Ziel zu erreichen, jedem Menschen ein Leben im Alter ohne Armut und in Würde in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Das gelingt, wenn jetzt gehandelt wird.